

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Mai 1953

37/J

A n f r a g e

der Abg. M a r k, K y s e l a, U h l i r, Wilhelmine M o i k und  
Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Anteil des Bundes an Stipendien für Spitalsärzte.

-.-.-

Zur Linderung der Not der Spitalsärzte werden von der Gemeinde Wien 400 Stipendien in der Höhe von je 500 S an bedürftige Gastärzte in den Gemeindespitälern ausbezahlt. Die hierzu nötigen Mittel werden je zur Hälfte von der Gemeinde Wien und von Bund zur Verfügung gestellt.

In Februar 1953 hat sich die Gemeinde Wien bereit erklärt, einer Erhöhung der Stipendien auf 750 S zuzustimmen, falls der Bund wie bisher die Hälfte der dadurch entstehenden Mehrkosten übernehmen würde. Weiters hat der Herr Bundeskanzler zugesichert, dass er das Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister herstellen werde, um diese Angelegenheit einer Klärung zuzuführen.

Dennoch werden derzeit immer noch an die Gastärzte in den Gemeindespitälern Stipendien in der Höhe von nur 500 S ausbezahlt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, den für die Erhöhung der Stipendien notwendigen Anteil des Bundes - d.s. 125 S je Stipendium und pro Monat - ehestens bereitzustellen, um die Not der Spitalsärzte zu lindern?

-.-.-.-